

Bekenntnis für die Grundschule

UNTERMARCHTAL:



Auf gute Resonanz stieß der „Bürgerdialog Ländlicher Raum“ in Untermarchtal, hier spricht Bürgermeister Bernhard Ritzler. Fotograf: Emmenlauer

Stark und lebenswert im Ländlichen Raum in Baden-Württemberg“ – so nannte Dr. Gerald Falk von der Akademie für Ländlichen Raum am Donnerstagabend vor 180 Anwesenden in der Mehrzweckhalle Untermarchtal den Slogan beim Bürgerdialog des Kabinettsausschusses „Ländlicher Raum“ unter Vorsitz von Peter Hauk, Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Weil die Bildung im Fokus stand, war auch Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann vor Ort.

Den hohen Wert der Veranstaltung unterstrichen die zahlreichen prominenten Teilnehmer und Gäste: Der Tübinger Regierungspräsident Klaus Tappeser war ebenso dabei wie Landrat Heiner Scheffold und seine Sigmaringer Kollegin Stefanie Bürke, zahlreiche Bürgermeister und Vertreter von Kommunen sowie Bürger. „Wir wollen ein deutliches Signal für einen starken ländlichen Raum geben und wir wollen von Ihnen erfahren, wie das Leben auf dem Land attraktiv bleiben oder werden kann“, leitete Moderator Falk ein.

Ehrenamt ein hohes Gut

Der Untermarchtaler Bürgermeister Bernhard Ritzler nutzte die Gelegenheit, die Besonderheiten und Infrastruktur der Gemeinde vorzustellen und bedankte sich beim Regierungspräsidenten auch für die Gelder vom Ausgleichstock zum Aufbau der Breitbandversorgung: 90 000 Euro für Untermarchtal und 70 000 Euro für Lauterbach. Ritzler wertete das gelebte Ehrenamt hier als hohes Gut. So funktioniere die Betreuung von 50 Flüchtlingen durch Ehrenamtliche in Untermarchtal hervorragend. Gerade die kleinen, lebensebenen Gemeinden seien wichtige Mosaiksteine des starken Landes Baden-Württemberg, befand der Bürgermeister.

Dem könne er eins zu eins beipflichten, sagte Peter Hauk. Der Schatz des ländlichen Raums lasse sich nicht mit Euro und Cent messen. „Hier kennt man einander, hier setzt man sich füreinander ein. Das ist ein gesellschaftliches Vorbild des Zusammenlebens.“ Um den ländlichen Raum im Breitbandausbau weiterzubringen, müsse der Ausgleichstock im nächsten Jahr deutlich angehoben werden, kündigte Minister Hauk an. Nach seinen Worten benötige der ländliche Raum in vielen Belangen eine Sonderbehandlung. Dies insbesondere auch im Bereich Bildung. „Man muss sich nicht am Klassenteiler von 16 Schülern festhalten. Eine Klasse muss auch mit weniger Schülern erhalten bleiben.“

Dies gab Dr. Susanne Eisenmann das Stichwort für ihr Statement. Die Kultusministerin kam gleich zur Sache. „Wir haben hier in Baden-Württemberg ein Qualitätsproblem bei der Bildung. Im bundesweiten Vergleich rangieren wir im unteren Mittelfeld. Und wir sind das einzige Bundesland, das sich auf der Rangliste nach unten bewegt hat.“ Daher gelte es, die Kernkompetenzen zu stärken, sprich die Grundschulen zu erhalten. Die Ministerin versprach, es werde keine kleine Grundschule geschlossen.

Ein größeres Problem sei es, Lehrer für die Grundschulen zu finden. Aktuell seien noch 300 Stellen offen. „Es lockt auch nicht mehr, dass nahezu alle Lehrer verbeamtet werden“, fügte sie an. Erstmals werde man die Lehrereinstellung fürs nächste Schuljahr schon auf Dezember vorziehen. Als weitere Maßnahme eröffnete sie, Lehrer aus der Stadt aufs Land zu versetzen.

Weil es ja ein Bürgerdialog war, kamen danach die Zuhörer zu Wort. Landrat Heiner Scheffold etwa bedauerte, dass selbst Hochschulabsolventen keinen fehlerfreien Brief mehr schreiben können. Er kritisierte die Tendenz der Landespolitik, wonach im ländlichen Raum die Mobilität zurückgefahren werde. „Das Land baut nur alle zwei Jahre einen Radweg und die Schiene wird ausgedünnt.“

Im Bereich Gesundheit favorisierte er, weiter auf dezentrale Kliniken zu bauen, beispielhaft der Alb-Donau-Kreis. Hierzu sagte Minister Hauk: „Dort, wo der Patient wählen kann, also keine medizinische Dringlichkeit einer Spezialklinik benötigt wird, ist die Dezentralität richtig, in Verbindung mit einer hohen medizinischen Qualität.“ Und zur Mobilität: „Wenn wir die Menschen in der Fläche halten wollen, muss auch das Angebot in der Mobilität stimmen.“

Minister setzt auf Biomasse

Ein Zuhörer wollte von Hauk wissen, warum die Landesregierung gegen den Willen der Menschen auf der Alb an der Windkraft festhält. Das demontierte der Minister: „Wer ab 2017 einen Antrag stellt, hat kaum mehr eine Chance für eine Genehmigung.“ Er persönlich setze auf Biomasse, die im Land bereits einen Stromanteil von sechs Prozent ausmache. Noch viele Anliegen, Tipps und auch Kritik an die Politik folgten beim Bürgerdialog.